

BESCHLUSSBUCH | WEITERE ANTRÄGE

LANDESPARTEITAG DER BERLINER SPD AM 27. OKTOBER 2012

rael zu organisieren. So sammelt die schiitische Organisation mittels sogenannter (gemeinnütziger!) Wohltätigkeitsvereine Spenden für „Märtyrerkinder“ und ist darüber hinaus, wie zuletzt beim sogenannten Al-Quds-Marsch am 18.08.2012 bestätigt, maßgeblich daran beteiligt, antisemitische Propaganda gegen Israel zu verbreiten. In Berlin stieg die Unterstützerzahl dieser Terror-Organisation gar an. In der gesamten EU kann die Hisbollah nach Schätzungen auf mehrere Tausend Unterstützerinnen und Unterstützer zugreifen, die auf Anordnung des iranischen Regimes oder der Führung im (Süd)-Libanon terroristisch aktiv werden können.

In der Vergangenheit hat die Organisation bewiesen, dass sie die Ermordung von Jüdinnen und Juden sowie Gegnerinnen und Gegner des iranischen Regimes als Mittel zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele anwendet. In Berlin wurden 1992 vier kurdisch-iranische Oppositionspolitiker von Anhängern der Hisbollah ermordet. Zwei Jahre später verübten Hisbollah-Terroristen einen Anschlag auf das jüdische Gemeindezentrum in Buenos Aires, bei dem 80 Menschen ermordet und 300 weitere verletzt wurden. Bis zum vermutlichen Anschlag in Burgas, am Jahrestag des Attentates in der argentinischen Hauptstadt, führte die Organisation weitere Anschläge rund um den Globus durch. Der Chef der Hisbollah, Hassan Nasrallah, verteidigte den Terrorismus der Organisation jüngst.

Die Hisbollah ist eine Terrororganisation, die nicht davor zurückschreckt, in erster Linie Jüdinnen und Juden in aller Welt umzubringen. Alle bisherigen Hoffnungen, wonach die Organisation eine moderate Kraft im Libanon werden könne, haben sich als Trugschluss erwiesen. Die aktuellen Umbrüche im Syrien zeigen auf, dass die Hisbollah die brutale Unterdrückung der syrischen Opposition aktiv unterstützt und wesentlicher Bestandteil der Achse Teheran- Damaskus ist. Um von ihrem drohenden Machtverfall im Zuge der regionalen Veränderungen abzulenken, werden militärische Aktionen der Hisbollah gegen Israel erwartet.

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestages, des Berliner Abgeordnetenhauses und des Senats werden daher aufgefordert, sich dafür einzusetzen, die Hisbollah analog zur Hamas auf die EU-Terrorliste zu setzen und deren Aktivitäten in Deutschland zu verbieten!

Antrag 34/II/2012
Jusos Berlin

Positionspapier zur Eurofrage – Deutschland als Teil des Problems begreifen

Europa befindet sich in einer substanziellen Krise. Seit dem Zusammenbruch der Bank Lehman Brothers reißt die Serie an Hiobsbotschaften für die Finanz- und Realwirtschaft der europäischen Staaten nicht mehr ab. Während noch 2008 von der weltweit größten Finanz-, dann von der schlimmsten Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg gesprochen wurde, liegt nun angeblich eine Schuldenkrise europäischer Haushalte vor, die den Fortbestand des Euro und der gesamten Europäischen Union bedroht. Beinahe im Wochentakt werden Pakete geschnürt und Reformen der makroökonomischen Governance-Architektur des Euroraums verkündet, um ein Auseinanderfallen der gemeinsamen Währung zu verhindern. Doch diese Neujustierungen markieren keinen qualitativen Bruch mit dem für

Antrag 34/II/2012
**Überweisung an FA II - EU-
Angelegenheiten**

BESCHLUSSBUCH | WEITERE ANTRÄGE

LANDESPARTEITAG DER BERLINER SPD AM 27. OKTOBER 2012

die Krise des Währungsraums mitverantwortlichen makroökonomischen Euro-Regime der Vorkrisenzeit. Vielmehr wurde dieses – maßgeblich auf Betreiben Deutscher AkteurInnen hin – reproduziert und verschärft.

1. Keine Revision des Maastricht-Vertrags, nirgends!

Um der Krise Einhalt zu gebieten, setzten Europas Staats- und RegierungschefInnen in den vergangenen Monaten an verschiedenen Punkten an, verfehlten jedoch die neuralgischen. Weder Europäisches Semester, noch „Sixpack“, die Universalisierung der deutschen Schuldenbremse, Euro-Plus-Pakt oder die Einrichtung eines dauerhaften Europäischen Stabilisierungsmechanismus sind in der Lage, die asymmetrische Konstruktion der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion zu überwinden.

Die Beschlüsse reproduzieren das 1992 geschaffene Maastricht-Regime, das eine Zentralisierung der Geldpolitik bei der Europäischen Zentralbank festschreibt, ohne ihr die für eine makroökonomische Koordinierung notwendige politische Union zur Seite zu stellen. Damals setzten sich deutsche Vorstellungen von einer unabhängigen, ausschließlich auf Inflationsbekämpfung fixierten und wirtschaftspolitisch nicht flankierten Zentralbank durch. Französische Gouvernement-Économique-Konzeptionen hatten das Nachsehen. Allenfalls unverbindliche, der „Offenen Methode der Koordinierung“ folgende Richtlinien – zumeist neoliberalen Charakters – wurden der Geldpolitik zur Seite gestellt. Stattdessen ergänzte der Stabilitäts- und Wachstumspakt 1997 die Maastricht-Bestimmungen. Er schrieb die Maximalschuldengrenze bei 60% und eine Defizitgrenze von 3% des Bruttoinlandsprodukts fest. Die alleinige Fixierung auf öffentliche Verschuldung ließ Privatschulden und Leistungsbilanzen jedoch völlig außer Acht. Staaten mit geringen Staatsschulden – etwa Spanien und Irland – gerieten infolge der durch die Krise notwendig gewordenen Stabilisierungsmaßnahmen und der explodierenden Zinssätze für Staatsanleihen dennoch in Zahlungsprobleme.

Ob die GIIPS-Staaten tatsächlich unter einer zu hohen Schuldenlast ächzen, ist nach wie vor unklar. Bislang hat es die Finanzwissenschaft nicht vermocht, eine belastbare Grenze für öffentliche Verschuldung festzustellen. Staaten wie Japan etwa zahlen auf Staatsanleihen trotz höherer Staatsverschuldung deutlich geringere Zinsen als Griechenland, Italien, Spanien, Portugal oder Irland.

Den konservativen und neoliberalen Kräften in Europa ist es dennoch gelungen, als vermeintliche Ursache für die Krise die nachlässige Haushaltsführung und die Überschuldung einzelner europäischer Staaten festzulegen. Daraus ableitend werden strikte Spardiktate an verschuldete Staaten als Lösung der Krise gesehen. Sowohl die Analyse der Krisenursache als auch die Maßnahmen zur Krisenbekämpfung sind grundlegend falsch!

Die Krise ist nicht Folge von hoher Staatsverschuldung durch schlechte Haushaltsführung. Wie sich an den Beispielen Spanien und Irland belegen lässt, sind selbst Staaten, die nach den Kriterien der Wirtschafts- und Währungsunion vorbildlich gewirtschaftet haben, nun im Sog der Krise und müssen enorme Zinsen auf ihre Staatsanleihen zahlen. Richtig ist allerdings, dass einige Länder eine zu hohe Verschuldung erreicht haben. Dies ist in einigen Fällen eine direkte Konsequenz aus der Rettung systemrele-

BESCHLUSSBUCH | WEITERE ANTRÄGE

LANDESPARTEITAG DER BERLINER SPD AM 27. OKTOBER 2012

vanter Finanzinstitute und hat daher wenig mit falschem Wirtschaften in den Jahren zuvor zu tun.

Wenn nun sowohl von konservativer Seite als auch aus den Reihen der Sozialdemokratie eine konsequente Entschuldungspolitik mit drastischen Einsparungen gefordert wird, gleichzeitig aber zukunftsweisende Investitionen zur Ankerbelastung der Wirtschaft verlangt werden, ist dies ein Widerspruch in sich.

Erstens zeigt sich seit zwei Jahren, dass sich die Krise mit Hilfe einer rigorosen Privatisierungs- und Sparpolitik immer weiter verschlimmert. Nicht nur brechen damit in den betroffenen Staaten Steuereinnahmen für öffentliche Investitionen und die Möglichkeit zur Steigerung der Binnennachfrage weg, es wird auch ein großer Teil der Bevölkerung in Armut gestürzt. Wir verteilen die von populistischen Medien und Politikern angeheizte Stimmung, ganze Völker hätten jahrelang über ihre Verhältnisse gelebt. Der Großteil der Bevölkerung Griechenlands, Spaniens, Italiens, Portugals oder Irlands gehört nicht zu den Verursachern der Krise, muss diese nun aber aufgrund der neoliberalen Politik bezahlen.

Zweitens ist es nötig, dass alle europäischen Staaten mehr Anstrengungen in den Bereichen Bildung, Ausbildung, Forschung, Infrastruktur und öffentliche Daseinsvorsorge und erneuerbare Energien unternehmen, um ihre Wirtschaft wieder zu beleben. Diese Anstrengungen erfordern aber notwendigerweise finanzielle Investitionen, die also auch die Aufnahme neuer Schulden beinhalten können. Deshalb ist ein Instrument wie die deutsche Schuldenbremse kein exportfähiges Modell. Sie würde die notwendigen Investitionen in Griechenland und anderen Ländern verhindern, statt diesen Ländern zu helfen.

Das Maastricht-Regime – unterinstitutionalisiert und der neoklassischen Theorie folgend – hat versagt. Die Wachstumsraten und Beschäftigungszahlen nahmen sich in den vergangenen Jahren äußerst bescheiden aus, Leistungsbilanzen der Mitgliedstaaten liefen auseinander, eine wirtschaftspolitische Koordinierung fand nicht statt, das System europäischer Wettbewerbsstaaten führte zu einem Race to the bottom der Staatsausgaben und Sozialleistungen. Dennoch schreiben die aktuellen Reformbemühungen die Maastricht-Logik fort; ein Bruch ist längst nicht in Sicht.

2. Thatchers langer Schatten: Deutschland als Europas Hegemon

Als treibende Kraft hinter der Verschärfung der Maastricht-Regeln entpuppt sich die Bundesrepublik. Die Machtbalance hat sich weiterhin zuungunsten der EU und Frankreichs in Richtung Berlin verschoben. Wie bereits 1992 und 1997 wurden deutsche Konzepte europäisiert. Die Verankerung der tendenziell deflationären und zum Sozialabbau einladenden deutschen Schuldenbremse in fast allen Verfassungen der Eurostaaten ist ein weiterer Schritt in Richtung eines deutschen Europas; Margaret Thatchers 22 Jahre alte Befürchtung entpuppt sich als weitsichtige Prognose.

Zur üblichen Ablehnung einer wirtschaftspolitischen Koordinierung auf europäischer Ebene und einer grundlegenden Reform der EZB gesellt sich zunehmender Nationalismus. Europaskepsis, D-Mark-Nostalgie und Chauvinismus gegenüber den in Schwierigkeiten geratenen europäischen Staaten greifen hierzulande um sich und gefährden das europäische Integrati-

BESCHLUSSBUCH | WEITERE ANTRÄGE

LANDESPARTEITAG DER BERLINER SPD AM 27. OKTOBER 2012

onsprojekt.

Der Narrativ vom fleißigen Deutschen, der jetzt für die faulen Südländer zahlen muss, bricht sich Bahn und knüpft an nationalistische Diskurse aus vergangenen Jahren an. Der Klassenkonflikt wird von konstruierten nationalen Gegensätzen überdeckt.

Verkannt wird dabei die Rolle, die Deutschland in der gegenwärtigen Krise des Euroraums spielt. Die übermäßige Exportfixierung erlaubte es der Bundesrepublik, sich an vielen Euroländern gesundzustoßen. Stagnierende Lohnstückkosten – bedingt durch sinkende Reallöhne bei gleichzeitiger Produktivitätssteigerung – begünstigten die Entstehung enormer Leistungsbilanzungleichgewichte im Euroraum. Die Konsequenz dieser einseitigen Exportfixierung tragen die NachbarInnen der Bundesrepublik. Deutschland ist also keineswegs der gesunde Musterknabe, der seinen verkrusteten Arbeitsmarkt auf Vordermann gebracht und kluge Lohnzurückhaltung geübt hat, sondern Teil des Problems.

3. Was jetzt zu tun wäre

Um die strukturellen Defizite des Euroraums zu überwinden, ist eine Revision des Maastricht-Vertrags notwendig. Folgende Schritte können zur Errichtung eines Post-Maastricht-Regimes beitragen:

- Aufbau einer politischen Union: Langfristig ist zusätzlich zur schon bestehenden Währungsunion eine echte Wirtschafts- und Sozialunion aufzubauen. Dies wäre ein erster wichtiger Schritt hin zu einer europäischen Föderation. Diese bedarf nicht einer sog. "Europäischen Wirtschaftsregierung", sondern eines starken Europäischen Parlaments, einer ihm gegenüber verantwortlichen Kommission zur Ausführung und Kontrolle europäischer Vorschriften und eigenständige nationale Parlamente und Regierungen. Diese müssen weiterhin verantwortlich für ihre eigene nationale Haushaltspolitik sein, so wie auch Bundesländer ihren Haushalt ohne Diktat der Bundesregierung beschließen können. Wohl aber können das Europäische Parlament, der Ministerrat und ein evtl. zu schaffendes beratendes Gremium aus den Vertretern nationaler Parlamente Empfehlungen und Warnungen aussprechen, um Kohärenz und Transparenz in der Haushaltspolitik der gesamten Union zu gewähren.
- Aufbau des sozialen Europas: Die Geschichte des wiedervereinigten Deutschlands zeigt, dass finanzielle Hilfen in verschiedenster Form nötig sind, um den Lebensstandard wirtschaftlich sehr unterschiedlicher Regionen anzugleichen. Echte Solidarität und "mehr Europa" bedeutet für uns auch, die befürchtete Massenarmut in den nun betroffenen Krisenstaaten durch finanzielle Transferleistungen zu bekämpfen und die dortige Wirtschaft zu fördern. Verpflichtet ist die Bundesrepublik dazu einerseits aufgrund ihrer Stellung als größter und reichster Mitgliedsstaat in der EU, andererseits aufgrund der einseitig auf Export ausgerichteten deutschen Wirtschaft, die mit jahrelangen Lohnzurückhaltungen und Leistungsbilanzüberschüssen das wirtschaftliche Auseinanderdriften der EU noch befördert hat und damit mitverantwortlich für die Krise in Spanien, Portugal und Griechenland ist. Eine solche solidarische Hilfe könnte zum Beispiel auf der seit Jahren bestehenden Europäischen Regionalpolitik aufbauen. Für eine echte solidarische Politik müsste die Europäische Regionalpolitik allerdings sowohl finanziell als auch institutionell ausgebaut, der Zugang zur Förderung erleichtert

BESCHLUSSBUCH | WEITERE ANTRÄGE

LANDESPARTEITAG DER BERLINER SPD AM 27. OKTOBER 2012

werden und Zuschüsse zu regionalen sozialen und bildungspolitischen Programmen möglich sein. Wir fordern eine deutliche Aufstockung des vom Europäischen Parlament kontrollierten EU-Budgets, zum Beispiel durch Einführung einer EU-Steuer. Die Verteilung dieser EU-Gelder muss zudem grundsätzlich überdacht werden.

- Revision des Stabilitäts- und Wachstumspakts: Anstelle der bislang gültigen ausschließlichen Fixierung auf öffentliche Verschuldung fordern wir die Inblicknahme privater Verschuldung. Um die Handelsbilanzungleichgewichte des Euroraums symmetrisch zu korrigieren, müssen Löhne in Deutschland über einen längeren Zeitraum stärker als in den Defizitländern steigen.
- Verhinderung einer europaweiten Verankerung der deutschen Schuldenbremse.
- Reform der Europäischen Zentralbank: Wir fordern eine Abkehr von der Fixierung auf Inflationsvermeidung. Bei der Ausrichtung ihrer Zinspolitik muss die EZB auch andere Zielgrößen – etwa Beschäftigung – einbeziehen. Zudem muss die Europäische Zentralbank einer demokratischen Kontrolle unterworfen werden.

Kurzfristig gilt es, den Euroraum zu stabilisieren. Hierzu sollten folgende Maßnahmen ergriffen werden:

- Die EZB muss versichern, dass sie in jedem Fall Staatsanleihen der in Zahlungsschwierigkeiten geratenen Staaten aufkauft (Funktion als „Lender of last resort“), um die Zinsen, die Regierungen auf Staatsanleihen zahlen, niedrig zu halten.
- Ausgabe gemeinsamer Eurobonds: Eine unbedingt erforderliche Maßnahme ist das von der SPD vorgeschlagene System, in dem 60% der nationalen Staatsanleihen in einem europäischen Verbundsystem (sog. Eurobonds) ausgegeben werden. Dies würde einerseits die Spekulation gegen einzelne Mitgliedsstaaten überflüssig machen, andererseits nicht, wie von Union und FDP behauptet, die Zinsen auf deutsche Staatsanleihen übermäßig steigen lassen. Wir begrüßen außerdem Maßnahmen wie die Einführung eines Europäischen Währungsfonds, einer Finanztransaktionssteuer, Steuererhöhungen für Wohlhabende für einen notwendigen Lastenausgleich und eine effektive Gläubigerbeteiligung beim Schuldenabbau.
- Gewährung nicht-konditionalisierter Transferzahlungen an in Zahlungsschwierigkeiten geratene Staaten (über den ESM).
- Bereitstellung von Investitionsmitteln für Staaten, die in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten sind. (Marshall-Plan).

4. Der Schlüssel liegt in Berlin ... leider!

Vornehmste Aufgabe muss es sein, den Narrativ vom Vorbild Deutschland zu dekonstruieren. Der deutsche neomerkantilistische Sonderweg ist eine Sackgasse und sollte nicht zur Nachahmung für die gesamte Eurozone empfohlen werden. Wir treten entschieden für eine Neujustierung des wirtschaftspolitischen Kurses der Bundesrepublik ein. Innerhalb der – maßgeblich bundesrepublikanische Handschrift tragenden – Maastricht-Logik forcierte die deutsche Exportfixierung die Wettbewerbschwäche der nun in die Krise geratenen europäischen Mitgliedstaaten. Sicher sind auch dort Anpassungsleistungen notwendig, doch die Hauptlast muss auf deutscher Seite liegen.

Offenkundig sind deutsche Verhaltensmuster zur Eurofrage jedoch bestän-

BESCHLUSSBUCH | WEITERE ANTRÄGE

LANDESPARTEITAG DER BERLINER SPD AM 27. OKTOBER 2012

dig. Die längst überfällige Revision des Maastricht-Vertrags im jungsozialistischen Sinne blieb bislang aus; auch die gegenwärtige krisenhafte Zuspitzung der strukturellen Probleme im Euroraum hat daran nichts geändert. Die sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien Europas müssen für die Schaffung eines europaweiten Bewusstseins, welches die Fahrlässigkeit deutscher wirtschaftspolitischer Konzeptionen brandmarkt, Sorge tragen. Ein Bruch mit diesen deutschen ökonomischen Paradigmen ist unerlässlich für ein solidarisches Europa.

Das Gefühl zunehmender Ohnmacht gegenüber Brüssel und vor allem Berlin heizt Nationalismus in ganz Europa an. Wiedererstarkendem Nationalismus muss mit einer Verlagerung nationalstaatlicher Kompetenzen auf EU-Ebene bei gleichzeitiger Demokratisierung der EU-Institutionen begegnet werden. Mehr Europa, nicht weniger muss die Antwort auf die gegenwärtige krisenhafte Zuspitzung im Euroraum sein. Die wirtschaftliche und politische Einheit Europas bleibt auch in Zukunft unser erklärtes Ziel.

Für eine wirksame und nachhaltige Bekämpfung der Krise müssen kurzfristige und langfristige Maßnahmen getroffen werden. Diese müssen neben wirtschaftlichen Gesichtspunkten auch sozialen Aspekten standhalten und zudem die Demokratie in Europa schützen und fördern. Daher lehnen wir die Beschlüsse des Europäischen Rates zur Einrichtung eines neuen fiskalpolitischen Pakts zur Überwachung der Haushaltspolitik einzelner Mitgliedsstaaten ab. Das Ziel dieses Pakts ist es, alle Mitgliedsstaaten auf die Linie der neoliberalen Logik Deutschlands und Frankreichs zu bringen. Dabei werden die Parlamente in Europa entmündigt: einerseits nicken nationale Parlamente bereits getroffene Entscheidungen bloß noch ab, andererseits kann das europäische Parlament höchstens Stellungnahmen abgeben. In eine solche Europäische Union können die BürgerInnen kein Vertrauen finden, da sie jegliche Einflussnahme sowohl auf die nationale als auch auf die europäische Politik verlieren. Es steht zu befürchten, dass dies nur den populistischen und europafeindlichen Parteien hilft und langfristig der Europäischen Union großen Schaden zufügen wird.

Wir fordern ein konsequentes Eintreten der Sozialdemokratie für die europäische Idee und die Förderung eines Europas, in der alle Mitgliedsstaaten gleichberechtigt zusammenarbeiten. Wir verurteilen eine Haltung, die das deutsche Wirtschaftsmodell und deutsche Politik anderen Mitgliedsstaaten aufzwingen will. Der Auftritt Deutschlands und Frankreichs gleicht einem Bremsklotz für Europa. Eine Union kann nur bestehen, wenn sich alle gegenseitig respektieren und bereit sind, voneinander zu lernen. In diesem Sinne fordern wir mehr denn je die Umsetzung des europäischen Leitgedanken, der die unterschiedlichen Lebensweisen in Europa begrüßt: „In Vielfalt geeint“.

FINANZEN

Antrag 35/II/2012
Abt. 15 | Pankow
KDV Pankow

„Doppik“

Die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus und die SPD-Mitglieder im Berliner Senat werden dazu aufgefordert, die sog. „Doppik“ mit einer Vermögensrechnung einzuführen. Bislang war die Haushaltspolitik einseitig durch ei-

Antrag 35/II/2012
Überweisung an AH-Fraktion